

13.12.2021

Mündliche Anfragen

für die 155. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 15. Dezember 2021

Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz

112 Abgeordneter
Thomas Röckemann AfD

Rechtsverlust von Ungeimpften

Der Herr Minister Biesenbach äußerte sich in der Rheinischen Post vom 04.12.2021, dass der Gesetzgeber in der derzeitigen Lage verpflichtet sei, eine Impflpflicht einzuführen, um eine fünfte Coronawelle zu verhindern; hierzu gehöre auch, dass nur noch Geimpfte und Genese ihrer Arbeit vollständig nachgehen dürften und „ohne Impfung gäbe es keinen Zugang mehr zum öffentlichen Leben“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

- 1. Unter Berücksichtigung der Grundrechte aus Artikel 2 Absatz 2 (körperliche Unversehrtheit), Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz), Artikel 12 (Berufsausübungsfreiheit) hat es sich bei den Aussagen des Herrn Ministers um ein Versehen gehandelt oder hält er an dieser Aussage weiterhin fest?**

Geschäftsbereich des Ministeriums für Verkehr

113 Abgeordneter
Arndt Klocke
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Was hat die Landesregierung bislang zur Verhinderung der Schäden an der Talbrücke Rahmede an der A45 unternommen und wie stellt sie sicher, dass ein solcher Schaden mit den bekannten Folgen für den Verkehr nicht an anderen Stellen in NRW auftritt?

Sachverhalt:

Anfang Dezember wurden bei der Talbrücke Rahmede der Autobahn 45 in Höhe Lüdenscheid erhebliche Schäden an den Stahlträgern festgestellt. Die Autobahn ist seitdem für den Verkehr zwischen der Ausfahrt Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord in beide Richtungen voll gesperrt. In einer Aktuellen Viertelstunde des letzten Verkehrsausschusses wurde berichtet, dass die Autobahn voraussichtlich drei bis vier Monate für Reparaturen zum Erhalt der Standsicherheit weiterhin gesperrt bleibt und danach nur noch für den PKW-Verkehr geöffnet wird.

Die Autobahnbrücke ist schon seit Anfang der 2010er Jahre als erneuerungsbedürftig bewertet und ein Neubau aller Talbrücken der A45 beschlossen und im BVWP mit vordringlicher Priorität aufgeführt. Allerdings wurde dazu bislang offensichtlich nichts weiter unternommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

- 1. Was hat die Landesregierung seit Regierungsantritt 2017 getan, um die seit längerem bekannte Schadhafteigkeit der Brücken an der A45 zu beheben und die jetzt Monate andauernde Vollsperrung und absehbar jahrelange Teilspernung für den LKW-Verkehr der Autobahn zu verhindern?**
- 2. Was unternimmt die Landesregierung aktuell, damit Teil- und Vollsperrungen wie derzeit an etlichen Autobahnbrücken in NRW nicht noch an zahlreichen weiteren Stellen im Land notwendig werden?**

Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft

114 Abgeordneter
Matthi Bolte-Richter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wie stellt die Landesregierung einen studierendenfreundlichen und sicheren Betrieb der Hochschulen im vierten Corona-Semester sicher?

Sachverhalt:

Nachdem der Landtag am 24. November 2021 die gesetzlichen Grundlagen beschlossen hatte, hat die Landesregierung zum 1. Dezember 2021 die neue Verordnung zur Bewältigung der durch die Coronavirus SARS-CoV-2-Epidemie an den Hochschulbetrieb gestellten Herausforderungen (Corona-Epidemie-Hochschulverordnung)¹ erlassen, die rückwirkend zum 1. Oktober 2021 in Kraft trat. In vorherigen Fassungen gab es eine Regelung, nach der die individualisierte Regelstudienzeit für Studierende semesterweise verlängert wurde. Eine solche Regelung für das Wintersemester 2021/2022 gibt es in der aktuellen Fassung nicht.

Zudem ist die pandemische Situation weiter angespannt. Die Hochschulen des Landes gehen mit dieser Lage höchst unterschiedlich um, insbesondere mit Blick auf den Lehrbetrieb. Damit sind erhebliche Herausforderungen für Hochschulen und Studierende verbunden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

- 1. Warum enthält die Corona-Epidemie-Hochschulverordnung keine Regelung zur Verlängerung der Regelstudienzeit für das Wintersemester 2021/2022, wie es sie schon zu vorherigen Semestern gab?**
- 2. Durch welche konkreten Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die Hochschulen bei der Durchführung eines sicheren Lehr- und Arbeitsbetriebs unter Pandemie-Bedingungen?**

¹ https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=2&ugl_nr=221&bes_id=47227